

Statement von Oberbürgermeister Frank Klingebiel i.S. Sankt Elisabeth Krankenhaus:

„Das St. Elisabeth Krankenhaus ist das Herzstück der Gesundheitsversorgung im Süden von Salzgitter und in den angrenzenden Gemeinden der Landkreise Goslar und Wolfenbüttel. Es ist aus unserer Sicht für die Gesundheitsversorgung der Menschen notwendig und muss unbedingt erhalten werden.

Dass der Bedarf für eine wohnortnahe Basiskrankenhausversorgung gegeben ist, zeigt ja schon der fast fertiggestellte und mit erheblichen Landesmitteln geförderte Neubau.

Der EVV als katholischer Krankenhausträger hat nicht nur aus seinem christlichen Auftrag heraus eine Verantwortung gegenüber der Belegschaft und der Bürgerschaft zur Fortführung unseres St. Elisabeth Krankenhauses.

Der EVV hat diese Verantwortung auch gegenüber dem Land Niedersachsen als Fördermittelgeber und allen Unterstützern dieser Förderung - die MdL's Stefan Klein, Marcus Bosse und ich haben uns jahrelang vehement für diese Förderung eingesetzt, der Krankenhausplanungsausschuss hat es befürwortet -, weil er gut ein Jahr vor der Anmeldung der Eigeninsolvenz noch eine weitere Landesförderung von 10 Mio. € wegen Baukostensteigerungen beim Neubau bekommen hat.

Insgesamt 35 Mio. € Landesförderung und dann quasi in einer Nacht- und Nebelaktion den Stecker gezogen. Das ist in hohem Maße unchristlich, unsozial und verantwortungslos. Das können und werden wir nicht kommentarlos hinnehmen. Wir nicht!

Wir erwarten vom EVV, seinen katholischen Trägerstiftungen und den Bistümern Hildesheim und Berlin, dass sie die laufende Eigeninsolvenz durch unverzügliche Wiederübernahme des Akutkrankenhauses sofort stoppen.

Rat und Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter sowie Rat und Bürgermeister der Samtgemeinde Baddeckenstedt sind bereit, alle in ihrer Macht stehende Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen.

Hierzu ist es aber erforderlich, dass man miteinander spricht. Das hat der EVV kategorisch schriftlich über seinen Pressesprecher ausgeschlossen. Der Weihbischof hat erklärt, dass aus dem Team der Seelsorger ein Vertreter des Bistums Hildesheim den runden Tisch begleiten kann.

Das kann ja wohl nicht wahr sein! Alle spielen hier den „Pilatus“ und waschen ihre Hände in Wasser. So verspielt man das Vertrauen der Gläubigen und verursacht weitere Kirchenaustritte.

Das Land ist in zweifacher Hinsicht in Verantwortung: zum einen, weil es dem Versorgungsauftrag in Salzgitter-Bad mit einem Akutkrankenhaus zugestimmt hat. Zum anderen als Fördermittelgeber von 35 Mio. €, damit diese Steuergelder nicht einfach verbrannt werden.

Wir erwarten, dass sich alle Verantwortlichen auf Entscheidungsebene bewegen und an den Runden Tisch kommen!

Wir erwarten, dass alle Verantwortlichen eine Lösung zum Weiterbetrieb des St. Elisabeth Krankenhauses erarbeiten.

Und wir erwarten, dass der bisherige Eigentümer und Betreiber des Akutkrankenhauses - der EVV - die drohende echte Insolvenz durch unverzügliche Wiederübernahme des Akutkrankenhauses als Sofortmaßnahme abwendet.

Wir sind bereit, konstruktiv an einer dauerhaft tragfähigen Lösung mitzuarbeiten. Das haben die Räte der Stadt Salzgitter und der Samtgemeinde Baddeckenstedt durch Beschluss ihrer Resolutionen bekräftigt. Das habe ich jeden Tag in meinen vielfältigen Gesprächen mit dem EVV und dem Nds. Gesundheitsminister Dr. Philippi zum Ausdruck gebracht.

Zum einen steht unser Angebot, dass das Gesundheitsamt als Mieter in das Krankenhaus mit einziehen könnte. Zum anderen würden wir dem EVV das Altgebäude, in dem der Krankenhausbetrieb aktuell stattfindet, durch städtische Übernahme abnehmen.

Zukunft für das St. Elisabeth Krankenhaus jetzt gestalten! Dafür stehen wir heute hier vorm Bischofssitz und vor dem Nds. Gesundheitsministerium. Dafür werden wir am 07.10.2026 nach Berlin fahren und vor der Zentrale des EVV und des Bundesgesundheitsministers erneut auf die Straße gehen und demonstrieren.

Der politische Irrweg der Zentralisierung von Krankenhausleistungen und damit die Schließung von Krankenhäusern in der Fläche muss sofort aufhören. Dazu müssen die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen unverzüglich geändert werden. Hier sind der neue Bundesgesundheitsminister Dr. Lindemann und die Bundesregierung in der Pflicht. Sonst verspielen sie weiteres Vertrauen der Menschen in den Staat und die Demokratie.

Wir fordern,

- Erhalt des St. Elisabeth Krankenhauses
- Sicherung der Arbeitsplätze und
- eine wohnortnahe Krankenhausbasisversorgung!“